

**Zeitschrift:** Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung

**Herausgeber:** Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat

**Band:** 27 (1951-1952)

**Heft:** 7

**Artikel:** Die Rüstung der Schweiz [Schluss]

**Autor:** H.Z.

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-705336>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die Rüstung der Schweiz

Die Friedensoffensive der Westmächte, die scheitern wird wie ihre Vorgängerinnen, hatte einen guten Grund, wenn wir auch ihre bedenklichen Einwirkungen auf den Verteidigungswillen einiger europäischer Staaten nicht übersehen dürfen. Das Ende eines Wettrüsts war noch nie die Sicherung des Friedens gewesen, es sei denn, es führe bei einer Partei im kalten Kriege zum wirtschaftlichen Zusammenbruch, zur Revolution. Kein Staat kann ad infinitum rüsten... Es ist schon heute so, daß die industrielle Hochkonjunktur im Westen wesentlich vom Rüstungsboom abhängig ist. Die Verantwortung dafür, von Moskau durch Rüstungsstop eine Schonfrist zu erlangen, auch wenn wir damit soziale Unruhen einkaufen müßten, wird kein europäischer Staatsmann auf sich nehmen wollen.

Anläßlich des 34. Erinnerungstages an die bolschewistische Oktoberrevolution in Rußland führte der Sprecher der Regierung von Moskau, der Polizei- und Innenminister Beria, u. a. aus, daß die «kapitalistische Welt» an ihrem innern Widerspruch zugrunde gehen müsse, ihre Rüstung führe zum Kriege und zur Selbstvernichtung — und ihre Abrüstung würde Selbstmord des zum Tode Verurteilten bedeuten. Beria betonte in seiner Rede, daß der Dritte Weltkrieg den schnellsten Weg zum Untergang der «anglo-amerikanischen Imperialisten und Agressoren» bedeute; damit bewies er das lebendige Interesse des Kremls an diesem «schnellsten Weg»; denn dieser Untergang ist das Ziel des Bolschewismus und bleibt es. Daraus ersieht man, was man vom glühenden Friedenswunsch der Sowjetunion zu halten hat. Auch der Wolf hat nichts dagegen einzuwenden, wenn das Schaf neben ihm auf der Welt herumläuft.

Für uns Schweizer ist die vordringlichste Frage des Tages eine Frage der Realpolitik. *Die erste und wichtigste Aufgabe der eidgenössischen Räte ist und bleibt die Rüstungsfinanzierung.* Der Bundesrat hat in seiner Botschaft zum Budget 1952 und in besonderer Beziehung zum Militärbudget mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß es die vornehmste Aufgabe des neuen Parlaments sein muß, die Aufrüstung zu finanzieren. An dieser Aufgabe ist das Parlament der vergangenen Legislaturperiode gescheitert. Die Teuerung, die seit dem Ausbruch des Koreakrieges deut-

lich die Fratze der Inflation annimmt, muß bekämpft werden; und sie kann nur durch *Verminderung des Geldumlaufes* bekämpft werden — denn Teuerung der Waren ist nichts anderes als: wenig Waren, viel Geld! Der Bundesrat ist nach wie vor der Meinung, daß der Staat, der die Existenz der Bürger, ihre wirtschaftliche, geistige, physische Existenz schützen muß — er allein kann das —, diesen Kaufkraftüberhang abschöpfen müsse; damit verhindere er auch, daß die brachliegenden Kapitalien Investitionen suchen und finden, die nicht im allgemeinen Interesse sind (Ueberindustrialisierung). Der Bundesrat bemerkt: «Je rascher zusätzliche Einnahmen beschlossen werden, desto erfolgreicher kann die Teuerung bekämpft werden. Eine zum mindesten ausgeglichene Rechnung in wirtschaftlich guten Zeiten ist gegenwärtig um so mehr anzustreben, als nicht erwartet werden kann, daß die zivilen Ausgaben in den kommenden Jahren abnehmen können.»

Daß bis jetzt die Rüstungsfinanzierung scheiterte, das ist nicht die Schuld einer politischen Partei oder einer Erwerbsgruppe allein, wie dies oft behauptet wurde. Auf der Seite der bürgerlichen Parteien wurde allzulange dem Phantom nachgejagt, es sei die Aufrüstung durch Einsparungen auf dem zivilen Sektor der Bundeaufgaben, durch Rechnungsüberschüsse, die in der Zeit der Hochkonjunktur zu erwarten seien, zu bezahlen. Es wurde dabei vergessen, daß der größte Teil der durch die Sozialpolitik des Bundes, seine wirtschaftliche Gesetzgebung, erwachsenen Ausgaben nicht nur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegt sind, sondern daß sie darüber hinaus von einem Staat, der sich wie die Schweiz zur totalen Verteidigung kennt, an und für sich *nicht wesentlich eingeschränkt werden können*, vor allem heute nicht. Diese Ausgaben werden diktiert durch die soziale Struktur unseres Volkes, das in seiner großen Mehrheit soziologisch aus Besitzlosen, aus wirtschaftlich bedrohten mittelständischen Schichten und aus Bauern besteht, die alle nur in einem Staat, der wirtschaftliche Sicherheit für seine Bürger erstrebt, leben können. In der Demokratie kann nie gegen die Interessen der Mehrheit regiert werden; es ist aber Aufgabe einer tüchtigen Regierung und Verwaltung, der den Staat politisch führenden Parteien und daher

auch der Gesetzgebung, wirtschaftliche und politische Rechte und Lebensinteressen einer staatsnotwendigen Minderheit zu schützen gegen die schroffen Auswirkungen einer absoluten Herrschaft der Mehrheit, die in der Demokratie oft über Leichen geht. Daraus wird sich das allgemeine Interesse herausschälen.

Eine Vermögensabgabe bedeutet einen Griff des Staates auf die wirtschaftliche Substanz; sie ist, wenn überhaupt, nur in Tagen der größten Not und Landesgefahr erlaubt. Heute würde sie sich niemals kaufkraftabschöpfend auswirken. Was wir erreichen müssen, das ist — das Drehen der Lohn- und Preisspirale muß aufhören. Also: direkte Kaufkraftabschöpfung. Wir müssen verhindern, daß sich überschüssige Kaufkraft in Kapitalinvestitionen flüchtet, die heute nicht im nationalen Interesse liegen.

Der Bund selbst muß in der Zeit der Aufrüstung — die ja eine Zeit der Hochkonjunktur ist — mit großen Investitionen zurückhalten. Durch seine Rüstungsaufträge schafft er ja notgedrungen überschüssige Kaufkraft, einen Kaufkraftüberhang. Ueberschüsse in einzelnen Sektoren seiner Verwaltungsbudgetüberschüsse — sollen sterilisiert werden. Bei der direkten Steuer soll die vernünftige Progression beachtet werden.

Immer mehr aber müssen wir uns klar darüber werden, daß es heute nicht, d. h. noch nicht, darum geht, eine wirkliche Finanzreform im Bunde durchzuführen. Diese hätte, das scheint man nun allseitig eingeschen zu haben, eine Totalrevision der BV zur Voraussetzung; denn es müssen die Grenzen der Bundessouveränität und der kantonalen Autonomie neu abgesteckt werden. Mit dieser Aufgabe kann sich der Gesetzgeber heute nicht belasten. Das Vordringlichste ist, die Wirtschaft des Landes den Voraussetzungen anzupassen, die für die Existenz unseres eidgenössischen Staates vorhanden sein müssen; wir müssen eine Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik betreiben, die genau so wie die Außen- und Militärpolitik sich nach den Erfordernissen der Verteidigung richtet. Damit wird uns allen klar, daß der Traum der Liberalisierung ausgeträumt ist. Was geblieben ist, das ist die schwere Aufgabe, die Lasten der Staatssicherung gerecht auf die Bürger zu verteilen.

H. Z.